

# STADT-ZEITUNG 02

2024

Info der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft des Stadtverbandes Düsseldorf

ER WAR SCHAFFNER,  
VERSTEHT IMMER  
NUR BAHNHOF!

**MINISTERIN  
FELLER  
BESCHAFFT  
PERSONAL**



**GEW**



Alle Fotos ohne Namensnennung:  
© Stadtverband GEW-Düsseldorf

Der Bezugpreis  
ist im Mitgliedsbeitrag enthalten

Karikaturen von  
Ralf Böhme:  
[www.rabe.karikatur.de](http://www.rabe.karikatur.de)  
©Ralf Böhme:  
[boehme1rabe@aol.com](mailto:boehme1rabe@aol.com)

**Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung  
des Herausgebers bzw. der Redaktion wieder.**

#### **Herausgeber**

GEW-Stadtverband Düsseldorf  
Friedrich-Ebert-Straße 34-38  
40210 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 36 39 02  
Fax: (0211) 600 91 47  
[geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de](mailto:geschaeftsstelle@gew-duesseldorf.de)  
[www.gew-duesseldorf.de](http://www.gew-duesseldorf.de)  
fb: GEWduesseldorf

#### **Geschäftsführerin**

Anja Mühlenberg  
Geschäftszeiten:  
Mo/Mi 9-13  
Di 13:30-17:30  
Do 13:30-16:30

#### **Redaktion**

Dr. Sylvia Burkert  
Telefon: (0211) 9 95 98 59  
Mobil: 0172 4031950  
eMail: [dr.burkert@gew-duesseldorf.de](mailto:dr.burkert@gew-duesseldorf.de)

#### **Satz/Layout**

kuttner, Beschriftung, Produktion, Design  
Sven Kuttner  
Sultbertusstraße 95  
40223 Düsseldorf  
Telefon: (0211) 15 93 98 21  
eMail: [info@beschriftungen-kuttner.de](mailto:info@beschriftungen-kuttner.de)  
[www.beschriftungen-kuttner.de](http://www.beschriftungen-kuttner.de)

#### **Druck**

TIAMAT druck GmbH  
Luisenstrasse 69  
40215 Düsseldorf

## **SCHULPOLITIK IN DÜSSELDORF**

---

- 6** Zuviel Zuviel Zuviel...Lehrkräfte fühlen sich in NRW über alle Schulformen hinweg stark überlastet
- 14** Zuviel Unterrichtsausfall in NRW. Von Dr. Kenneth Rösen.

## **75 JAHRE GRUNDGESETZ**

---

- 15** Geburtstagsfeier- 75 Jahre Grundgesetz Im Spannungsverhältnis zwischen Markt und Allgemeinwohl. Von Uwe Foullong
- 20** Gemeinsam für Demokratie, Vielfalt und Toleranz!  
Düsseldorfer Erklärung zum 75. Jahrestages des Grundgesetzes!

## **GEWERKSCHAFTSTAG**

---

- 24** GEW Gewerkschaftstag in Bochum
- 26** Bilder vom Gewerkschaftstag

## **EUROPAWAHL**

---

- 28** Allianz der Europafeinde- eine Übersicht der GEW. Von Matthias Holland-Letz
- 31** Gute Arbeit? Besser mit Europa.  
Wahlaufruf des DGB-Stadtverbandes Düsseldorf zur Europawahl

## **STAMMTISCH**

---

- 32** Stammtisch der Senior:innen  
mit der Kölner Friedensgruppe „Wi.e. dersprechen“ am 23.4.2024  
Bericht von Detlev Wöske
- 34** Wieder aktuelle Kunstführungen. Von Erne Wehrhahn

## **IN EIGENER SACHE**

---

- 35** Alles im Blick / Kurz und Knapp / Aktiv vor Ort



# THE SAME PROCEDURE AS EVERY YEAR, JAMES?

**Nein, es ist nicht Jahreswechsel 24/25, sondern das Ende des Schuljahres 23/24 und es ist alles wie immer: Schul- und Bildungsministerin Feller feiert sich mit ihren diversen Maßnahmenpaketen zur Unterrichtsversorgung. Die Beschäftigten an den Schulen gruselt vor dem neuen Schuljahr 24/25!**

Der Unterrichtsausfall in NRW ist dramatisch, 4,7% der Stunden fallen ersatzlos weg, davon werden sowieso nur drei Viertel erteilt. Düsseldorf ist relativ gut besetzt im Vergleich mit Duisburg z.B., aber nicht gut genug um Entwarnung für das nächste Schuljahr zu geben. Zudem ist die Versorgung mit dem notwendigen Lehrpersonal standort- und schulformbezogen. Wir dokumentieren die Schulsituation in unserer Stadt auf den Seiten 7-13 ausführlich!

Woher sollen bei steigender Belastung der Lehrkräfte mit Verwaltungsaufgaben und immer mehr Schüler\*innen mit Förderbedarf aus sozial angespannten Lagen begeisterte Berufsanfänger\*innen kommen? Der Markt für MPT-Kräfte ist leergefegt, sie sind auch für die Düsseldorfer Schulen nicht zu finden. Liegt es vielleicht an ihrer Bezahlung? Die GEW NRW übergab im April Finanzminister Dr. Optendrenk eine Petition mit knapp 8.000 Unterschriften. Gegenstand der Petition ist, dass Fachlehrkräfte und Werkstattelehrkräfte an Berufskollegs und Förderschulen, die Schulsozialarbeiter\*innen, die sozialpädagogischen Fachkräfte in der Schuleingangsphase und die Fachkräfte in multiprofessionellen Teams (MPT-

Kräfte) sowie die Lehrkräfte für den herkunftssprachlichen Unterricht (HSU) im Zuge der Besoldungsreform leer ausgehen. Die Seiteneinsteiger\*innen profitieren erst verspätet und erhalten auch keine Zulage. „Wer gute Fachkräfte will, muss sie auch gut bezahlen! Nicht nur aufgrund des akuten Lehrkräftemangels, sondern auch mit Blick auf die vielfältigen Herausforderungen in den Schulen sind alle Beschäftigtengruppen eine Bereicherung und Unterstützung im Schulalltag“ so Ayla Celik bei der Übergabe der Unterschriften. Nur so wird ein Schuh aus den Maßnahmenpaketen von Ministerin Feller. Der Stadtrat mit seiner Schwarz-Grünen Mehrheit sollte seinen Parteikollegen im Land auf die Füße treten, denn auch das Düsseldorfer Vorzeige-Investitionsprogramm für neue Schulbauten steht und fällt mit der Unterrichtsversorgung.

Aber die Stadt war doch in Bezug auf Schulen am Anfang des Jahres in aller Munde, Düsseldorfs saubere Schultoi-letten brachten es bis in die Nachrichten: das Kobi – Gymnasium Koblenzer Straße - freute sich wie Bolle über das Ende der Schmuddelclo- Ära nach 25 Jahren. Es gehörte aber auch zu den Auserwählten 18 Projektteilnehmer\*innen: Saubere Schulclos. Wir sind ja sooooooooooooo gespannt auf die weitere Auswertung des Projekts oder gar Ausweitung auf die weiteren Schulen im neuen Schuljahr? Die Hoffnung stirbt zuletzt! (s. Bericht Stadtzeitung 2/23)

**Schöne Ferien und Kraft für das Neue Schuljahr 24/25 wünscht der Vorstand des GEW-Stadtverbandes.**

# ZUVIEL



# **ZUVIEL ZUVIEL ZUVIEL...**

Die Umfrage an den Schulen in NRW bestätigte, dass sich die Lehrkräfte in NRW über alle Schulformen hinweg stark überlastet fühlen. Auf einer Skala von 0 bis 10 (0 = keine Belastung; 10 = extreme Überlastung) ordneten die knapp 24.000 Befragten den Grad ihrer individuellen Überlastung im Durchschnitt bei 8,2 ein. 92,4 % der Teilnehmer:innen ordneten ihre Arbeitsbelastung bei mindestens 7 oder höher ein. Das sind mehr als 9 von 10 der befragten Beschäftigten. Und wie sieht es im Düsseldorfer Universum aus?

**Informationen aus dem Düsseldorfer Schulbereich, alle Schulformen  
Stand Mai 2024, mit Ausblick auf das neue Schuljahr 2024/25 :  
Berichte unserer verantwortlichen Fachgruppen im Vorstand des Stadtverbandes**

Die Schulsituation ist auch in Düsseldorf wie überall in NRW mehr als angespannt:

- / die Belastungssituation steigt für die Kolleginnen und Kollegen kontinuierlich an und bringt sie ans Limit**
- / die Personalsituation ist mit Ausnahme an den Gymnasien zum Zerreißen angespannt**
- / die räumliche Vorbereitung auf den rechtlichen OGS-Anspruch 2026 ist fraglich**
- / die Digitalisierung ist unzureichend**

**Fazit: Die Unterrichtsqualität bleibt auf der Strecke, die Inklusion ist in weiten Teilen gescheitert. Auch für das neue Schuljahr gilt: Zuviel ist zuviel!  
Eine Besserung ist nicht in Sicht!**

### **Grundschulen:**

Natürlich wird kommuniziert und ist auch durch Zahlen belegbar, **dass Düsseldorf im Grundschulbereich am besten besetzt ist.** Aber dass das nicht so ist, hört man an fast jeder Schule. Langzeiterkrankte KollegInnen, fehlendes Fachpersonal. Es kommt keine Qualität mehr nach, weil wir aktuell abschließende LAAs (Lehramtsanwärter) in andere Kommunen abgeben müssen. **D.h. die Vertretungslehrer:innen-Situation ist sehr hoch.**

Drohende **Abordnungen** von gut besetzten Schulen an sehr schlecht besetzte Schulen lähmen die Schulleiter bei der Personalplanung und verursachen an diesen Schulen Sorge um den gewohnten Arbeitsbereich. Mit der Düsseldorfer Schulaufsicht wurde zwar das Abordnungsverfahren in Absprache mit dem Örtlichen Personalrat durch eine Dienstvereinbarung auf fairere Füße gestellt, so dass eine transparente Auswahl stattfinden würde, aber die Belastung einer solchen Situation ist für die KollegInnen enorm.

**Die großen Klassen 28-30 Kinder,** mangelnde Personaldecke und ggf. fehlende Fachlichkeit lässt **die Unterrichtsgüte stark sinken.** Dazu kommt der steigende Förderbedarf beim einzelnen Kind und der mühsame Verwaltungsweg, mit wenig Möglichkeiten individuelle Lösungen für das Kind zu finden.

**AOSF- Bedarfe (sonderpädagogischer Unterstützungsbedarf) steigen immens,** die starren Vorgaben und die hohe Ablehnung der Verfahren, verlangen den LehrerInnen im Alltag eine Professionalität im inklusiven Bereich ab, die sie aufgrund mangelnder Unterstützung durch MPT- Kräfte, Integrationshelfer, Sonderpädagogen, Fachkräf-

te, gar nicht leisten können.

Sinkende Leistungen der SchülerInnen im Ländervergleich ist kein Ergebnis fehlender Konzepte, sondern fehlender Ressourcen auf ganzer Linie. Die KollegInnen laufen zunehmend am Limit und sind über Gebühr belastet. Hier steht weiterhin kontraproduktiv die stark eingegrenzte Möglichkeit der voraussetzungslosen Teilzeit dagegen.

Die drohenden Veränderungen und steigenden Bedarfe in der Nutzung der Räumlichkeiten bzgl. des OGS- **Rechtsanspruches ab 2026** wird von der Schulverwaltung systematisch und auf den einzelnen Standort ausgerichtet angegangen. Der Prozess ist positiv zu werten, auch versucht man in Einzelgesprächen Transparenz zu schaffen. Der Spielraum für wirkliche Lösungen und die damit nötigen finanziellen Mittel zeigt allerdings schon jetzt eine zu erwartende **Enttäuschung in der wirklichen Umsetzung** für die jeweilige Schule. Bestandsgebäude können und werden nicht im gleichen Maße diesbezüglich aufgewertet.

**Die Pilotphase für die Toilettenreinigung** zeigt bzgl. der Toiletten einen wirklichen Erfolg, allerdings versucht man mit den vorhandenen Mitteln und einer sogenannten „Reinigung wie am Flughafen“ (nämlich kurzzeitig abgesperrte Flächen zur Reinigung) weiterhin mit der gleichen Personal- und Stundenzahl dies umzusetzen. Hier steht die Raumnutzung, bis mindestens 16 Uhr sind fast überall alle Räume belegt, gegen eine Zwischenreinigung, oder Endreinigung vor dem Ende des OGS-Tages. Auch Putzbereiche absperren zeigt sich an der Grundschule schon aus Sicherheitsgründen schwierig.

### Die Digitalisierung der Lehrkräfte muss dringend weiterhin aufgewertet werden:

- /// Endgeräte der Lehrkräfte benötigen größeren Speicherplatz
- /// Endgeräte benötigen bei Defekten zügigen Service, ggf. muss sofortiger Ersatz gestellt werden durch Neugeräte.
- /// Es muss sichergestellt werden, dass jeder an Schule Beschäftigter ein Endgerät erhält- aktuell gibt es die Möglichkeit nicht, weil die Landesgelder nicht aufgestockt werden, sollte das so sein, dann muss es Aufgabe der Kommune werden. **Ein Entwicklungsstillstand wäre völlig kontraproduktiv!**
- /// Taskcards-Lizenz für alle Schulen zur kollaborativen Zusammenarbeit in multiprofessionellen Teams (!!)

- /// Lizenz für digitale Klassenbücher – als Beispiel: Nutzung von Untis Fobizz Zugang für alle Schulen zur Fortbildung und Schulung

### Auch die Zusammenarbeit mit der Schulverwaltung sollte in die Digitalisierung eingeschlossen werden:

- /// **Taskcards-Lizenz** für alle Schulen zur kollaborativen Zusammenarbeit mit der Verwaltung aber auch mit anderen Schulen des gleichen Schulträgers (!!)
- /// Vollumfängliche Zugänge zu Untis und auf Wunsch **Freischaltung weiterer Module**, die die Schule benötigt (eventuell auch prüfen, ob Untis Express für Grundschulen noch ausreicht oder aufgrund der steigenden Komplexität inkl. OGS eventuell doch die Vollversion sinnvoller wäre.)

### Förderschulen

In Düsseldorf ist die **personelle Besetzung der Förderschulen** sehr schlecht, Düsseldorf ordnet aber auch an andere Schulämter ab, da dort die Besetzung noch viel schlechter ist (Duisburg und Wuppertal). Insgesamt ist die **Unterbesetzung im Regierungsbezirk Düsseldorf** im Vergleich zu anderen Bezirken (Köln, Münster, Arnsberg) am Größten und verschlechtert sich von Jahr zu Jahr. Bei der Besetzungsquote werden auch Vertretungskräfte und entfristete Kolleg\*innen ohne sonderpädagogische Expertise mitgerechnet. Die Schülerzahlen steigen an den Förderschulen Geistige Entwicklung massiv an. Es scheiden mehr Kolleg\*innen aus dem Dienst aus als neue Kolleg\*innen eingestellt werden. Die neuen Kolleg\*innen wollen zum Teil nicht mehr verbeamtet werden,

sondern nur noch angestellt, da sie so flexibler sind und einfacher wieder kündigen können. Die Aussicht auf eine Verbesserung im neuen Schuljahr ist also nicht in Sicht.

### Belastungssituation der Kolleg\*innen:

Durch die massive Unterbesetzung und den Raummangel sind die Kolleg\*innen maximal belastet. Sie werden den Schüler\*innen nicht mehr gerecht, dadurch entstehen neue Konflikte, die die Kolleg\*innen wiederum noch mehr belasten. Die Zahl der Überlastungsanzeigen und Gewaltvorfälle steigen.

### Räumliche Ausstattung der Schulen:

Durch den massiven Zuwachs von Schüler\*innen entstehen ein erhöhter Raumbedarf. Schulneubauten dauern zu lange- keine Zwischenlösungen in

Sicht. Alle Fachräume und Differenzierungsräume werden zu Klassenräumen umfunktionierte. Die Stadt ist bemüht kreative Lösungen innerhalb der Schulen zu finden, hat aber keine Ausweichräumlichkeiten.

**Stand der Digitalisierung:** Die dienstlichen I-Pads sind bald 5 Jahre alt, ein Austausch der Geräte ist nicht in

Sicht. Es sind immer noch nicht alle Schulstandorte mit aktueller Visualisierungstechnik (interaktive Tafeln) und schnellem Internet ausgestattet. WLAN kommt nicht in allen Klassenräumen an. Wünschenswert sind immer noch feste IT-Ansprechpartner\*innen an den Schulen.

### Realschulen

Grundsätzlich ist die Realschule nach der Förderschule die **am schlechtesten besetzte Schulform** im gesamten Regierungsbezirk. Die Besetzung ist stark standortabhängig. Düsseldorf zieht noch relativ gut, nach Duisburg und Wuppertal z.B. will niemand. Auch innerhalb der Städte gibt es je nach Einzugsgebiet und Schwerpunkt der Schule große Unterschiede, so etwas spricht sich bei den wenigen Bewerbern schnell rum. Resultat: Hunderte Vertretungslehrkräfte mit teils fragwürdiger Qualifikation. Das vor allem an den Standorten, wo es richtig brennt, eine Katastrophe!

**Inklusion: Eine Vollkatastrophe!** Die wenigen sonderpädagogischen Ressourcen werden durch Abordnung, Versetzung und generelle Überforderung verbrannt. Inklusion findet an den meisten Schulen nur auf dem Papier statt. Auch die MPT- Kräfte helfen da nur bedingt.

Die 28 Stunden Unterrichtsverpflichtung, die je nach Fächerkombination dazu führen, dass man viele verschiedene Lerngruppen hat, die man aber nur einmal in der Woche sieht, führt dazu, dass keine richtige Beziehung zu den SuS aufgebaut werden kann und der Unterricht sich sehr anstrengend gestaltet. Unser Schülerklientel braucht eine ganz andere Struktur, da ist die Anzahl der Fächer zweitrangig. Aktuell produzieren wir **extrem viele frustrierende SuS und KuK**. Das zeigt sich auch in der **großen Zahl an BEM- Fällen (Betriebliches Wiedereingliederungsmanagement)**, die wir jede Woche im Personalrat haben. Wir führen eine interne Liste, die zeigt, dass die Zahl der psychischen Grunderkrankungen stark zugenommen hat.

### Berufskollegs

**Die Belastung in den Kollegien nimmt zu, Teilzeit ist nicht mehr ohne weiteres möglich.** die Anzahl der SuS mit Inklusionsbedarf nimmt auch hier zu. Zudem beschulen wir die **Zugewanderten**, die in Klassen vom Abiturienten bis zum Analphabeten in einer

Lerngruppe unterrichtet werden. Die Unterrichtssprache muss neben den Inhalten dabei mit vermittelt werden. Auch am BK steigen die **administrativen Aufgaben**, die den disponiblen Teil unserer Arbeitszeit unverhältnismäßig ansteigen lassen.

Neben den Vollzeitschüler\*innen (Höhere Handelsschule) sind SuS im Teilzeitbereich (Auszubildende mit Ausbildungsplatz) zunehmend nicht mehr daran gewöhnt, pünktlich zum Unterricht zu erscheinen. **Fehlzeiten sowohl im Unterricht wie auch bei Leistungsnachweisen nehmen drastisch zu, was ansteigenden pädagogischen Einsatz der Lehrkräfte bedeutet, der zeitlich kaum noch zu schaffen ist.**

Die **digitale Ausstattung** ist mit I-pads gut, allerdings nicht in allen Räumen einsetzbar, wenn ein Beamer fehlt. W-Lan ist nach wie vor ebenfalls nicht vorhanden. Da Lehrkräfte überwiegend

zuhause mir Windows-Geräten den Unterricht vorbereiten, ist die Kompatibilität eingeschränkt.

Elektronische Schulbücher wurden eingeführt und führen ebenfalls zu einem höheren Arbeitsaufwand und stellen keinesfalls eine Arbeitserleichterung für Klassenlehrer\*innen dar. Eintragungen bedürfen verstärkter Überprüfung, da sie fehleranfällig sind (u.a. sind I-Pads zu klein für eine mühelose Nutzung). Digitale Tafeln produzieren oftmals nur schwer leserliche Anschriften; deshalb kaufen sich so manche Kolleginnen und Kollegen wieder einen privaten OHP als Ersatz.

### **Gesamtschule**

Die Belastung in den Kollegien nimmt zu, **Teilzeit ist nicht mehr ohne weiteres möglich**, die Klassen werden immer größer und die Anzahl der Kinder mit Förderbedarf immer höher. **Die Inklusion ist komplett gescheitert**, im Durchschnitt eine ausgebildete Förderlehrkraft pro Schule. Die Folge ist eine mangelhafte Kommunikation mit den Erziehungsberechtigten und auch mit den Kindern selbst.

Die administrativen Aufgaben fressen unsere Zeit weg, die wir viel lieber in die Beziehungsarbeit mit unseren SuS investieren möchten. Es gibt viel Frust und eine extrem hohe Arbeitsbelastung.

**Die vielen (unnötigen) Lernkontrollen und Prüfungen ersetzen oft eine vernünftige pädagogische Arbeit**, die nicht immer an Fachwissen orientiert sein muss sondern auch Werte und soziale Kompetenz vermitteln soll.

Räumlich sind die Klassen zu klein für die große Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die dort einen Großteil ihrer Zeit verbringen. Außerdem sind sie oft für eine echte Differenzierungsarbeit ungeeignet.

Die digitale Ausstattung ist dank der Ipads gut, für die Lehrkräfte fehlt aber eine Verbindung mit den eigenen Geräten, die die eigene Unterrichtsvorbereitung und die Verwaltung der eigenen Klasse erleichtern würde. Elektronische Schulbücher werden (noch) nicht angeschafft.

**Gewalt gegen Lehrkräfte** ist z.Z. ein großes Thema an vielen Schulen und erhöht das Risiko für Überlastung und Frustration in den Kollegien.

## **Hauptschule**

Nach Berechnungen der Bezirksregierung sind alle Hauptschulen zwischen 90 und 100 % besetzt. Tatsächlich jedoch reicht diese Auslastung nicht aus, weil **immer verhaltensauffälligere Kinder und Jugendliche** eine Hauptschule besuchen, deren Bedarf nach einer intensiven Betreuung steigt. Auch können neu ausgeschriebene Stellen nicht besetzt werden. Die hohe Unterrichtsverpflichtung und herausfordernde Bedingungen sind für junge Berufseinsteiger\*innen nicht attraktiv genug.

Es fehlen Lehrkräfte in allen Naturwissenschaften, Mathematik, Informatik und Englisch. Der Unterricht wird durch Seitensteiger\*innen und Vertretungslehrkräften abgedeckt. Diese Kräfte gegen meistens ihr Bestes, jedoch gewinnt man den Eindruck, dass die Verantwortlichen in der Verwaltung die Qualität des Unterrichts an Hauptschule nicht interessiert.

Ein Problem wird auch zunehmend das fachfremde Unterrichten, das lange Vorbereitungszeiten erfordert.

**Das inklusive Lernen gestaltet sich genauso katastrophal wie an Gesamtschule und Realschule, da es Sonderpädagogen auf dem Markt schlicht und einfach nicht mehr gibt.**

Auch in der Schulform Hauptschule ist Anzahl der BEM- Gespräche signifikant angestiegen. Viele Kolleg\*innen sind ausgebrannt, weil sie merken, dass sie den Kindern nicht mehr gerecht werden können.

Die Hauptschulen tragen ebenfalls die Last, der SuS, die die Realschulen nach der Erprobungsstufe verlassen müssen. Vielerorts sind sie dann ab Klasse 7 dreizügig, was ebenfalls zu großen Belastungen führt.

## **Gymnasium**

**Belastungssituation** der Kollegen und Kolleginnen: Herausstellen kann man die Folgen des Maßnahmenpakets, insbesondere die extrem **restriktive Handhabung von voraussetzungsloser Teilzeit** (familienpolitische TZ ist ja nicht betroffen) - da wird ein irrer bürokratischer Aufwand betrieben für sehr wenig Ertrag- die KuK verzichten ja nicht ohne Grund auf Gehalt und Pension/ Rente. Im Prinzip werden hier KuK in den **Burnout** getrieben, den erst, wenn man richtig krank ist, darf man dann reduzieren ... Oder wird gleich teildienstfähig, womit den Schulen auch nicht geholfen ist (Menschen mit amtsärztlicher bescheinigter Teildienst-

fähigkeit dürfen dann wirklich nur strikt diese Stunden arbeiten und fallen z.B. für Vertretungsunterricht (Mehrarbeit) aus). So macht man den Beruf nur unattraktiver! Jemand mit 2 Sprachen als Fächer schafft eine volle Stelle aufgrund der hohen Korrekturbelastung auch häufig nicht.

**Personalsituation, ggf. auch schon mit Ausblick auf das neue Schuljahr** ist für die Düsseldorfer Gymnasien z.Z. kein Riesenthema. Was man schon beobachten kann: Sogenannte Vorrangstellen, also Stellen, wo eine Teillabordnung an eine andere Schulform inklusive ist, laufen eher leer. Bei einem Arbeitnehmermarkt kann man Arbeits-

bedingungen halt nicht dauernd unattraktiver machen ...

**Räumliche und sächliche Ausstattung der Schulen**, mal was Positives: die Neubauten werden eigentlich überall positiv aufgenommen. Lebensfremd ist allerdings weiterhin, dass grundsätzlich keine Waschbecken mehr in Klassenräumen verbaut werden. Als würden im Klassenraum keine Dinge verschüttet, als würde es nicht den Unterricht stören, wenn jemand, weil sein Stift ausgelaufen ist, zur Toilette laufen ...

**Stand der Digitalisierung:** Gleiche Probleme wie gehabt (s. Umfrage). Unter den Kolleginnen und Kollegen gibt es unterschiedliche Einschätzungen zu den digitalen Tafeln. Da wurde sehr viel Geld

ausgegeben, um Unterricht de facto lehrerzentrierter (und störanfälliger) zu machen. Vernünftige Beamer + Tablets mit Stift, ggf. mit Stativen, um Tablets auch als Dokumentenkamera zu nutzen UND gute analoge handschriftlich nutzbare Whiteboards oder Tafeln wären der bessere Weg gewesen. Die digitalen Tafeln werden selbst bei den zufriedenen Nutzern NICHT zum Anschreiben genutzt, da das mit dem digitalen Stift bzw. der Hand sehr mühsam und fehleranfällig ist (und die Tafeln dafür sehr häufig kalibriert werden müssten), sondern nur, um per Touch durch Präsentationen zu scrollen ... Geschrieben wird dann an den sehr kleinen Whiteboards oder auf dem Tablet ...

### Allgemein zur Digitalisierung der Düsseldorfer Schulen: was insgesamt fehlt

- /// Lehrer-Endgerät - ein brauchbares Arbeitsgerät für Lehrkräfte, mobil und leistungsstark, eingebunden in die Infrastruktur Schule, Wahlmöglichkeit!
- /// Verwalten statt Lehren - keine nachhaltige entwickelnde Planung von Infrastruktur und Hardware, sondern "Einkaufen nach Marktlage" nach Zuteilung von Fördermitteln - das Nachholen von Versäumnissen dauert an, WLAN für Schulen immer noch nicht überall stabil erreicht. Was passiert mit der Anpassung an neuere Standards? Werden ehemals erstausgestattete Schulen auch jetzt schon planmäßig an neue WIFI-Standards angepasst? Hardwareaustausch rollierend? Changemanagement oder Zufallsaustausch - wer zuerst brüllt, bekommt auch zuerst?
- /// Klare Software- und Speichersituation - keine einheitlichen Wege zur Da-

tenspeicherung für Lehrkräfte und Schüler: Pingpong zwischen Land und Stadt bzgl. Aufgabenverteilung - Düsseldorf-Cloud versus logineo, jede Schule hat eigene Lösung oder keine.

- /// Monopolstellung für Apple - Hardware und Software-Abhängigkeit von Nischenanbietern, mehrfach (langfristige Bindung) teure Werbeveranstaltung statt Medienerziehung zu mündigen Usern, Folgekosten explodieren, teure Austauschbeschaffung nach ca. 5 Jahren, da ein langfristig nutzbares Gerät nicht beschafft wurde - Marktabhängigkeit statt Bildungsplanung.
- /// KI - keine gemeinsame Umsetzung für die Schule in Sicht - privatwirtschaftliche Lösung nach Engagement und finanziellen Mitteln von einzelnen Schulen.

# ZU VIEL UNTERRICHTSAUSFALL IN NRW

**PM der GEW NRW vom 4.4. zum Unterrichtsausfall:  
Dass der Unterrichtsausfall in NRW hoch ist, war erwartbar.  
Aber die heute vorgestellten Zahlen zeichnen ein erschreckendes  
Bild. Die GEW NRW kommentiert.  
Von Dr. Kenneth Rösen, Vertretung des Pressesprechers**

Essen – Das Schulministerium hat am heutigen Montag Zahlen zum Unterrichtsausfall an Schulen in NRW veröffentlicht. Demnach fallen 4,7% der Unterrichtsstunden ersatzlos aus, allerdings werden nur gut dreiviertel aller Unterrichtsstunden gemäß Stundenplan erteilt.

Die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW NRW, Ayla Çelik, kommentierte die Zahlen: „Dass in NRW viel Unterricht ausfällt, war erwartbar und überrascht daher nicht, dass der Ausfall jedoch so hoch ist, erschreckt. Von der Landesregierung erwarte ich nun eine klare Strategie gegen den Unterrichtsausfall. Denn jede Stunde, die ausfällt, ist eine zu viel, weil es um die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen geht. Politisch kann man nicht auf der einen Seite den Kompetenzzrückgang der Schüler\*innen beklagen und auf der anderen Seite den Unterrichtsausfall hinnehmen.“

Wir sollten den Blick nicht nur auf die knapp 5 Prozent des Unterrichts richten, der ersatzlos ausfällt. Insgesamt konnten nur drei von vier Unterrichtsstunden gemäß Stundenplan erteilt werden. Bei beispielsweise 32 Unterrichtsstunden pro Woche bedeutet diese Zahl, dass knapp acht Stunden im Schnitt pro Woche ausfallen. **Das ist zu viel!**

Berücksichtigt man zudem, dass Ausfälle wegen Krankheiten, Exkursionen und / oder Klassenfahrten hinzukommen, so ist es immens wichtig, dass die Schulen genügend Lehrkräfte haben. 100% Stellenbesetzung reichen daher nicht aus, um den Unterrichtsausfall in den Griff zu kriegen.

**Wir fordern mindestens 110%.**



# GEBURTSTAGSFEIER



## 75 Jahre Grundgesetz

### Im Spannungsverhältnis zwischen Markt und Allgemeinwohl:

Der Geburtstag des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 gibt Anlass, sich zum einen auf seinen Ursprung zu besinnen und zum zweiten auf seine Wirkungen für die Menschen zu schauen.“

Von Uwe Foullong, Gewerkschaft ver.di, aktiv im "Düsseldorfer Bündnis für eine gerechte Gesellschaft - sozial und ökologisch" und bis 2023 Mitglied der Geschäftsführung des ver.di-Bezirks Düssel-Rhein-Wupper.

### Ein Eckpfeiler des Grundgesetzes: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg

Der Ursprung des Grundgesetzes liegt in der Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus durch die Alliierten, in der Befreiung von Faschismus, Diktatur, Rassenwahn und Krieg. Das Grundgesetz begründete am 23. Mai 1949 nach einem intensiven Prozess der Erarbeitung im Parlamentarischen Rat die Bundesrepublik Deutschland (BRD). Es beinhaltet Freiheit, Demokratie, Föderalismus sowie die Proklamierung von Menschenrechten. Ein ganz wesentlicher Grundsatz dabei lautet: Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg.

Angesichts der aktuellen Entwicklungen mit Blick auf das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Kräfte im Lande, bei dem die AfD ein deutlich sichtbarer Akteur unter mehreren anderen ist, gewinnt das Grundgesetz und seine Bewahrung eine neue, sehr hohe Bedeutung. Der Kampf gegen Rechtsextremismus wird zum Alltag, um Demokratie, Vielfalt, Toleranz und Grundrechte zu bewahren.

### Soziale Marktwirtschaft und Sozialstaat als Alternative zum Sozialismus?

Beim Blick auf die Entwicklung der Lebensverhältnisse der Menschen ist vor allem die wirtschaftliche Entwicklung und die Verfasstheit der Wirtschaft zu betrachten. Das Grundgesetz wird allgemein mit dem Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ und des „Sozialstaates“ in Verbindung gebracht, ohne dass diese Begriffe im Grundgesetz ausdrücklich enthalten sind. Und so ist im Grundgesetz auch keine Wirtschaftsordnung explizit bestimmt. Es legt unwiderruflich Grundrechte fest wie z.B. die Gewährleistung des Eigentums (Art. 14, Abs. 1). Gleichzeitig manifestiert es die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14, Abs. 2), regelt Enteignungen zum Wohle der Allgemeinheit (Art. 14, Abs. 3) sowie Vergesellschaftung von Grund und Boden, Naturschätzen und Produktionsmitteln (Art. 15).

Der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ gilt seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) im Mai 1949 als positive Bezeichnung für das „kapitalistische“ Wirtschaftssystem, das sich in der Systemkonkurrenz gegen das sozialistische System profilieren musste. Neben öffentlichen Unternehmen existierten vor allem private Unternehmen, die gewinnorientiert ausgerichtet sind.

Dieses aus öffentlichen und privaten Unternehmen gemischte Wirtschaftssystem produzierte jährlich einen immer höheren Wohlstand. Mit einer aktiven Wirtschafts- und Sozialpolitik sorgten die Regierungen lange Zeit für die Verteilung des wachsenden Wohlstandes auf alle- im Prinzip bis 1990.

### **Deutsche Einheit: Grundgesetz auf Ostdeutschland ausgedehnt, aber Sozialstaat demontiert**

Die neunziger Jahre begründeten mit dem Wegfall der Systemkonkurrenz schleichend eine Zeitenwende. Immer mehr private Unternehmen, vor allem Großunternehmen und Konzerne, konzentrierten sich im Wesentlichen auf die Gewinnerwirtschaftung. Profitmaximierung als oberstes Ziel bestimmt die wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer:innen. Das Prinzip des „lean production“ oder des „lean banking“ sorgte für krasses Kosten(senkungs)management, bei dem auch die Personalkosten unter Druck gesetzt wurden. Die Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und real existierendem Sozialismus wurde in den 90er Jahren abgelöst durch eine zunehmende Globalisierung, eine immer radikalere renditeorientierte Unternehmenspolitik sowie wachsende spekulativ ausgerichtete Finanzmärkte. Die Kräfte des Marktes wurden mit dem „Sieg“ des Kapitalismus über den Sozialismus ideologisch gefeiert. Mit dem Kampfbegriff „Mehr Markt – weniger Staat“ und den „Selbstheilungskräften des Marktes“ wurde der Begriff „Sozialstaat“ nach der Jahrtausendwende zunehmend ideologisch bekämpft, Gewerkschaften als Dinosaurier tituliert und eine aktive, auf Nachfragestärkung ausgerichtete Wirtschaftspolitik als

nicht markt- und wettbewerbskonform diskreditiert.

Damit führte die vorherrschende Politik seit der Jahrtausendwende bis heute zu einer gesellschaftlichen Spaltung, in der auf der einen Seite die Armut steigt und immer mehr Menschen nicht wissen, wie sie über die Runden kommen sollen, auf der anderen Seite Gewinne und Kapitalrenditen teils explodieren. Auf der einen Seite Vorstandsbezüge und Boni in unangemessene Höhen schnellen, auf der anderen Seite Stellen gestrichen und ausgelagert werden sowie Gehälter unter Druck gesetzt und Tarifbindungen drastisch abgebaut werden.

Auf der einen Seite der Staat mit seinen Steuereinnahmen Infrastruktur, Erziehung und Bildung, Gesundheit und bezahlbares Wohnen nicht mehr angemessen finanzieren kann – auf der anderen Seite das private Vermögen jährlich deutlich ansteigt und hochkonzentriert in der Hand nur weniger Familien liegt. Auf der einen Seite der Staat die Wirtschaft mit Subventionen, Steuersenkungen und Privatisierungen öffentlicher Bereiche immer mehr bei der Gewinnerzielung unterstützt, auf der anderen Seite die Bürger:innen verunsichert, wenn z.B. der vermeintliche Zwang zum Sparen und Kürzen realisiert wird, der die Lebensverhältnisse der Bürger:innen verschlechtert.

Auf der einen Seite gibt es zwar immer noch sehr viele Menschen, die sich in Umfragen grundsätzlich zufrieden äußern. Auf der anderen Seite aber gibt es immer mehr Menschen, die sich ungerecht behandelt und abgehängt fühlen, obwohl der Reichtum der Volkswirtschaft jedes Jahr weiterwächst.

Und immer mehr Menschen haben Sorge oder sogar Ängste, abgehängt zu werden.

Es mag makaber klingen: Aber mit der deutschen Einheit, mit dem Anschluss der DDR an die BRD und der entsprechenden Ausdehnung des Grundgesetzes auf die damals neuen ostdeutschen Bundesländer (dort besteht das Grundgesetz nun seit 33 Jahren und 8 Monaten) begann eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die nicht mehr das Allgemeinwohl primär beinhaltet, sondern bei der im Gegenteil die radikalen Marktkräfte immer mehr zur Geltung gebracht wurden.

Diese Politik der letzten 30 Jahre hat ganz wesentlich zur Entwicklung der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“ sowie dem Erstarken des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus beigetragen.

### **Grundgesetz als Auftrag zu einer dem Allgemeinwohl dienenden Politik**

Das Grundgesetz regelt insbesondere die demokratische, föderale Verfassung unseres Staates sowie Grund- und Menschenrechte. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik regelt es die Grundlagen für viele verschiedene Möglichkeiten der Ausgestaltung.

Bei der Fortsetzung der bisherigen Wirtschafts- und Sozialpolitik mit sturer Schuldenbremse und einseitiger angebotsorientierter Wirtschaftspolitik droht die Vertiefung der Spaltung der Gesellschaft in einerseits arm- und abgehängt bzw. mäßig verdienend und andererseits reich bzw. superreich bei weiteren Einschränkungen des Sozialstaates zugunsten der Profitorientierung privater Unternehmen und

Konzerne. Der Mittelstand würde dabei weiter zerbröseln. Das wäre die Grundlage für weitere soziale Ausgrenzungen sowie die Verbreitung von Hass und Hetze – eine zunehmend bedrohliche Entwicklung.

Aber das Grundgesetz lässt auch eine gänzlich andere Wirtschafts- und Sozialpolitik zu. Die Regelungen zur Sozialpflichtigkeit des Eigentums sowie die zur Vergesellschaftung von Unternehmen lassen eine wirtschaftsdemokratische Ordnung zu, in der der erwirtschaftete Reichtum annähernd gerecht verteilt wird, sodass Armut drastisch abgebaut werden kann, dass soziale Sicherheit in der Breite der Gesellschaft wachsen kann und dass die Lebensbedingungen der meisten Menschen verbessert werden können. Hierzu seien einige Beispiele genannt, die einen grundlegenden Richtungswechsel markieren würden.

### **Sozialpflichtigkeit des Eigentums**

Das Prinzip der Sozialpflichtigkeit des Eigentums beschreibt die soziale Verantwortung der Kapitaleigner bzw. Investoren gegenüber ihren Beschäftigten und der Gesellschaft insgesamt. Für das ganz praktische Handeln bedeutet dies, dass Investoren nicht das machen können, was sie allein für richtig halten, sondern dass auch soziale Aspekte immer zu beachten sind. Konkret sollte dieses Prinzip ausgefüllt werden z.B. durch

ein gesetzlich zu regelndes Verbot betriebsbedingter Kündigungen, wenn Unternehmen Gewinne machen. Es ist grundgesetzlich nicht vertretbar, dass Investoren bzw. Eigentümer:innen Beschäftigte entlassen oder auch nur mit Ent-

lassung, d.h. dem Entzug der Existenzgrundlage, drohen, wenn ihre Investitionen zu Gewinnen führen. Das Verbot betriebsbedingter Kündigungen bei Gewinnen kann ganz einfach im Kündigungsschutz- und Betriebsverfassungsgesetz geregelt werden.

Die Mitbestimmungsrechte von Beschäftigten, Betriebs- und Personalräten sowie Gewerkschaften sollten erweitert werden, um im Kern sicher zu stellen, dass Eigentümer keine Entscheidung gegen die Beschäftigten treffen können. Mindestens ist eine echte Parität in Betrieben und Unternehmen für alle Entscheidungen einzurichten mit einem fairen Lösungsmechanismus im Falle der Parität.

Über die Ausweitung der Mitbestimmungsrechte auf betrieblicher und Unternehmensebene hinausgehend ist ein System der Wirtschaftsdemokratie zu generieren, in dem Wirtschafts- und Sozialräte die entsprechende Entwicklung in ihrer Region beobachten, analysieren und Rahmenbedingungen für eine gute Zukunftsentwicklung entwickeln. Die Räte sind demokratisch aus allen Beteiligten der Region von Wirtschaft und Gesellschaft zusammengesetzt, sodass auf diese Weise das Allgemeinwohl zum Zuge kommen kann.

zur Entwicklung einer wirtschaftsdemokratischen Ordnung gehört auch die Förderung und Unterstützung von Genossenschaften bzw. dem gesamten gemeinwohlorientierten Wirtschaftsbereich. Hier gibt es viele Unternehmen, die unter Beachtung von Zielen zur Steigerung des Allgemeinwohls wirtschaften.

Bei dem grundgesetzlichen Prinzip der Sozialpflichtigkeit des Eigentums ist die Tatsache bedeutend, dass Investoren bzw. Unternehmer:innen keine Rentabilität, keine Vermehrung ihres Kapitals erleben würden, wenn Beschäftigte nicht dafür arbeiten würden. Kapital ohne Arbeit ist tot. Weil Investoren auf die Arbeit der Beschäftigten angewiesen sind, damit sich Kapital „rentiert“, ist die Übermacht der Eigentümer:innen bzw. Investoren bei den wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen nicht legitimiert. Das Grundgesetz gibt mit der Sozialpflichtigkeit des Eigentums geradezu den Auftrag für eine möglichst weitgehende Existenzsicherung der Beschäftigten sowie wirklich gleichberechtigte Teilhabe an Entscheidungen im Betrieb und Unternehmen bzw. Konzern.

### **Der Staat als handlungsfähiger Akteur zur Entfaltung des Allgemeinwohls**

Das Allgemeinwohl als Grundlage der Politik, insbesondere der Wirtschafts- und Sozialpolitik, erfordert, dass der Staat auch handlungsfähig ist. Bund, Länder und Gemeinden bzw. Städte benötigen ausreichend Einnahmen, um das Allgemeinwohl sicher zu stellen.

Und wenn es seit geraumer Zeit erhebliche Probleme gibt mit fehlendem bezahlbaren Wohnraum, mangelhafter Infrastruktur, Missstände im Erziehungsbereich und die Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft angesichts des Klimawandels sozial gestaltet werden soll, dann ist es ganz offensichtlich, dass die derzeitigen Steuereinnahmen in Höhe von mehr als 900 Mrd. Euro bei weitem nicht ausreichen, um auch nur ein angemessenes Fundament für die Entwicklung des Allgemeinwohls

zu schaffen. Die Schuldenbremse wirkt als Zukunftsbremse und die öffentliche Armut ist angesichts des enormen privaten Reichtums, der bei nur wenigen Familien hochkonzentriert angesiedelt ist, ein Skandal.

Die Abschaffung der Schuldenbremse und eine gerechte Besteuerung insbesondere der hohen Einkommen sowie der Millionen- und Milliardenvermögen liegt im Allgemeinwohl, weil es nicht nur der sozialen Gerechtigkeit dient, sondern auch den Staat im Interesse der Allgemeinheit handlungsfähig macht.

Neben einer gerechten Steuerpolitik sollte der Staat bei der Erteilung von Subventionen nach dem Prinzip „Fördern und fordern“ vorgehen. Subventionen für bestimmte Wirtschaftsbereiche können durchaus sinnvoll sein. Wenn eine Regierung sich dafür entscheidet, dann sollte sie auch die Möglichkeit des Rückflusses regeln. Subventionen werden schließlich erteilt, damit das betroffene Unternehmen Gewinne erwirtschaftet. Und wenn das gelingt, dann kann das Unternehmen aus diesen Gewinnen den Subventionsbetrag ratenweise zurückerstatten. Es ist nicht nachvollziehbar, wenn die Risiken eines Unternehmens in einer schwierigen Wirtschaftslage sozialisiert werden, aber die späteren Gewinne privatisiert bleiben. Dieses Prinzip „Fördern und (zurück) fordern“ muss auch für die Forschungsförderung gelten. Wenn Wissenschaftler, die mit öffentlichen Geldern erfolgreich geforscht haben, diese Forschungsergebnisse mit der Gründung eines Unternehmens erfolgreich vermarkten, sollten sie ratierlich die Fördersumme aus den Gewinnen an die Allgemeinheit zurückführen. So betrachtet können Subventionen und

Forschungsförderungen win-win-Situationen für alle Beteiligten herbeiführen.

Auch Vergesellschaftung dient grundsätzlich dem Allgemeinwohl. Wenn man hier das Prinzip zugrunde legt, dass elementare Bereiche der Daseinsvorsorge, der Existenzsicherung der Menschen, nicht dem Prinzip der Gewinnmaximierung unterliegen sollten, dann gehören Wohnungen und Energieerzeugung nicht in die Hand von Konzernen, dann dürfen mit Krankheit und Alter keine Gewinne erzielt werden.

Die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik hat seit ihrer Gründung im Jahre 1975 (im nächsten Jahr steht das 50jährige Jubiläum an) immer wieder insbesondere in ihren jährlichen Memoranden zentrale Aspekte einer grundgesetzlich fundierten Wirtschaftspolitik im Interesse des Allgemeinwohls wie der nachfrageorientierten, qualitativen Wohlstandsmehrung und gerechten Verteilung sowie mehr Mitbestimmung und Wirtschaftsdemokratie ausgearbeitet.

Am 23. Mai wird nun der 75jährige Jahrestag des Grundgesetzes gefeiert, das vielfach als eines der fortschrittlichsten und sozialsten Verfassungen einer Demokratie bezeichnet wird. Allerdings klafft unter dem Aspekt der Entwicklung des Allgemeinwohls zwischen Verfassungsinhalten und Verfassungswirklichkeit seit den letzten 30 Jahren eine immer größer gewordene Lücke. Diese zu schließen bleibt eine große Herausforderung. Der Jubiläumstag ist geeignet, neben dem Feiern daran zu erinnern.“

<https://www.alternative-wirtschaftspolitik.de/de/article/10656870.75-jahre-grundgesetz.html>

## „75 JAHRE GRUNDGESETZ- DEMOKRATIE STÄRKEN“



Am Vorabend des 75. Jahrestages hatte der Trägerkreis des Düsseldorfer Appells am 22.5. in die Zentralbibliothek zur Grundgesetzfeier geladen. Hauptrednerin war die Antisemitismus-Beauftragte der Landesregierung NRW, Sabine Leutheusser-Schnarrenberg: „75 Jahre Grundgesetz – Demokratie stärken“ hieß ihr Vortrag. Michael Szentei-Heise eröffnete für den Düsseldorfer Appell die Veranstaltung. Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW, und Bürgermeisterin Klaudia Zepuntke sprachen Grußworte.



## UND NOCH EINE STÄDTISCHE FEIER

**„Zeichen setzen: Gemeinsam für Demokratie, Vielfalt und Toleranz!  
Düsseldorfer Erklärung zum 75. Jahrestages des Grundgesetzes!“**

Anlässlich des 75. Jahrestages des Grundgesetzes unterzeichneten in Düsseldorf Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller, Sigrid Wolf, DGB-Regionsgeschäftsführerin Düsseldorf Bergisch Land, Michael Grütering, Hauptgeschäftsführer der Unternehmerschaft Düsseldorf und Umgebung e.V. und Dr. Peter Achten, Hauptgeschäftsführer Handelsverband NRW – Rheinland e.V. eine Erklärung. Unser Grundgesetz hat 75 Jahre Freiheit, Frieden und Demokratie in Deutschland ermöglicht – eine Erfolgsgeschichte. Aber sie ist keine Selbstverständlichkeit.



Unter dem Titel **„Zeichen setzen: Gemeinsam für Demokratie, Vielfalt und Toleranz!“** bekennen sich die Unterzeichnenden zum obersten Verfassungsgrundsatz „Die Würde des Menschen ist unantastbar“. Im Weiteren bekennen sie sich zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat als Basis für das freiheitliche und soziale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Bundesrepublik Deutschland.

**Oberbürgermeister Dr. Stephan Keller:**

*„75 Jahre Grundgesetz sind wahrlich ein Grund zum Feiern – seit jeher ist das Grundgesetz der Garant für unser Zusammenleben in einer demokratischen und offenen Gesellschaft. Es betont im Kern die unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechte und bildet damit die Basis für ein Miteinander, das von Freiheit, Vielfalt und Toleranz geprägt ist. Aus den zentralen Leitlinien des Grundgesetzes folgt für uns alle zugleich die zivilgesellschaftliche Verpflichtung, gemeinsam die Würde aller Menschen zu schützen.“*

**Sigrid Wolf,**

DGB-Regionsgeschäftsführerin Düsseldorf Bergisch Land:

*„Für die Gewerkschaften ist das Grundgesetz die Basis unserer Demokratie, des sozialen Rechtsstaates, der Sozialpartnerschaft und der Tarifautonomie. Die Würde aller Menschen in unserer Gesellschaft zu achten und zu schützen, ist jedoch nicht allein Aufgabe des Staates. Als Akteure der Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbände in Düsseldorf und der Region sehen wir darin auch eine zivilgesellschaftliche Aufgabe und Verpflichtung. Nur so können wir uns als freie Gewerkschaften für alle Arbeitnehmenden einsetzen“*

**Michael Grütering,**

Hauptgeschäftsführer der Düsseldorfer Arbeitgeberverbände e.V.:

*„Für unsere Betriebe ist das Grundgesetz die Basis für ein stabiles und verlässliches Wirtschaftsumfeld. Es gewährleistet die Rechtsstaatlichkeit, die uns die Sicherheit gibt, in einem fairen und transparenten System zu agieren. Dies ist unerlässlich für wirtschaftliches Wachstum und Innovation. In unseren Unternehmen setzen wir uns aktiv für ein Arbeitsumfeld ein, das von Respekt und Offenheit geprägt ist. Vielfalt und Inklusion sind nicht nur moralische Imperative, sondern auch wirtschaftliche Erfolgsfaktoren. Unterschiedliche Perspektiven bereichern unsere Teams und führen zu kreativeren und innovativeren Lösungen.“*

**Dr. Peter Achten,**

Hauptgeschäftsführer Handelsverband NRW – Rheinland e.V.:

*„75 Jahre Grundgesetz sind ein echter Anlass zum Feiern gerade in Zeiten wie diesen, wo auch in Europa für einige Menschen die bei uns geltenden Grundrechte keinesfalls selbstverständlich sind. Zu den Grundrechten zählt auch die Tarifautonomie als das verbrieftete Recht der Sozialpartner untereinander und ohne staatliches Diktum Arbeitsbedingungen miteinander vereinbaren zu dürfen.“*



Foto:  
Copyright  
DGB Düsseldorf



**Landeshauptstadt  
Düsseldorf**

**UNTERNEHMERSCHAFT  
DÜSSELDORF  
UND UMGEBUNG E.V.**

**Handelsverband  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland**

## **Zeichen setzen: Gemeinsam für Demokratie, Vielfalt und Toleranz!**

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“ – mit diesem Bekenntnis gegenüber allen Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, Religion, politischer, sozialer oder sexueller Einstellung oder Orientierung, haben sich die Mütter und Väter des Grundgesetzes vor 75 Jahren zu den unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten verpflichtet. Sie sind die Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit.

Dieses Bekenntnis zum demokratischen und sozialen Rechtsstaat und den Grundrechten des Grundgesetzes bildet bis heute die Basis für ein freiheitliches und soziales Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell in der Bundesrepublik Deutschland. Die Würde aller Menschen in unserer Gesellschaft zu achten und zu schützen, ist jedoch nicht allein Aufgabe des Staates. Als Akteure der Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbände in Düsseldorf und der Region sehen wir darin auch eine zivilgesellschaftliche Verpflichtung.

Für uns ist klar: Wer Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund und andere Teile unserer Bevölkerung betreibt und Abschottung und Ausgrenzung propagiert, schadet der Gesellschaft, der Demokratie und nicht zuletzt dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Unsere Unternehmen und Gewerkschaften sind ein Spiegel der Gesellschaft. Die Menschen, die bei und mit uns arbeiten und leben, sind unsere Kolleginnen und Kollegen, unsere Nachbarn und Freunde. Deutschland muss attraktiv und offen bleiben, um ausländische Fachkräfte einzuladen, hier eine Heimat zu finden. Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen sich in unserem Land sicher fühlen.

Dabei sind wir auch auf verlässliche Partnerschaften auf allen politischen Ebenen angewiesen, die ohne Wenn und Aber zu unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen. Wir brauchen gerade in der Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik tragfähige Lösungsvorschläge statt populistischer Parolen. Die anstehenden Europa- und Kommunalwahlen werden für uns richtungweisend sein. Es ist an der Zeit, dass wir alle zusammen politische Verantwortung übernehmen – denn wir sind nicht die schweigende Minderheit, sondern eine meinungsstarke Mehrheit.

Wir haben die Wahl - entscheiden wir uns gemeinsam für Demokratie, Vielfalt und Toleranz in unserer Region, in Deutschland und Europa!

**Dr. Stephan Keller**  
Oberbürgermeister  
der Landeshauptstadt Düsseldorf

**Sigrid Wolf**  
DGB-Regionsgeschäftsführerin  
Düsseldorf Bergisch Land

**Dr. Peter Achten**  
Hauptgeschäftsführer Handelsverband  
Nordrhein-Westfalen - Rheinland e.V.

**Michael Grütering**  
Hauptgeschäftsführer Unternehmerschaft  
Düsseldorf und Umgebung e.V.

# **BOCHUM, ICH KOMM' AUS DIR, BOCHUM, ICH HÄNG' AN DIR. GLÜCK AUF! BOCHUM.**

**GEW Gewerkschaftstag in Bochum am 25.5.2024**

**Wer kennt nicht den Grönemeyer-Song von 1984? Jetzt wieder aktuell für alle Fortuna-Fans nach dem Relegationsspiel am 27.5.**

**Mit Glückauf hat die Vorsitzende der GEW NRW Ayla Çelik den Gewerkschaftstag geschlossen. Berichte findet ihr auf der Homepage der GEW NRW. Die Düsseldorfer Delegierten freuten sich, dass **Caroline Lensing** zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt wurde**

**Pressemitteilung, 25.05.2024**

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW

## **GEW NRW: „Klare Forderungen für zukunftsfähige Bildung!“**

Bochum – Der Gewerkschaftstag der GEW NRW ist am heutigen Samstag zusammengekommen, um über bildungspolitische Forderungen der nächsten Jahre zu sprechen. Dabei wurde der Fokus auf politische Bildung, Chancengleichheit und den Landeshaushalt gelegt. Die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW NRW, Ayla Çelik, kommentierte die Beschlüsse: „Unsere nun gefassten Beschlüsse werden für uns handlungsleitend sein. Ob über unsere ehrenamtlichen Strukturen in den Stadtverbände oder auf der Landesebene werden wir wie gewohnt schlagkräftig unsere Themen in den politischen Diskurs einbringen.“

Der Leitantrag mit dem Titel „Bildung sichern: Demokratie stärken!“ fordert eine Loslösung des Bildungshaushaltes vom Landeshaushalt, um Bildung nachhaltig auskömmlichen zu finanzieren und fokussiert eine Stärkung politischer Bildung. Çelik hält zu dem Beschluss fest: „Bildung und Demokratie gehen Hand in Hand. Demokratie ist nichts weniger als das Versprechen in eine gute Bildung! Wer an Bildung spart, schwächt langfristig unsere Demokratie. Gerade ein freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat muss dafür sorgen, dass die politische Handlungskompetenz der Heranwachsenden gestärkt wird. Weil die Bedrohung der Freiheit in Form von menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Tendenzen im Inland lauert.“

Daneben sehen zwei Anträge eine eigene Haushaltsstelle für den schulscharfen Sozialindex vor, sowie die Kapitalisierung unbesetzter Lehrer\*innenstellen. Die Gewerkschafterin betonte: „Wenn man den Sozialindex wirklich als Steuerungsinstrument nutzen will, sind über 2.000 Stellen dafür notwendig. Im aktuellen Haushalt sind es keine 400. Wer Ungleiches wirklich ungleich behandeln will, muss hier nachsteuern. Der Sozialindex soll Chancengleichheit fördern und nicht eine Worthülse der Regierung sein. Daneben halten wir es für sinnvoll, wenn die unbesetzten Lehrer\*innenstellen, für die im Haushalt ja Gelder hinterlegt sind, nicht in den gesamten Haushalt zurückfließen, sondern für die Schulen verwendet werden können. Wir reden hier aktuell von jährlich circa 450.000.000 Euro, die ungenutzt zurückfließen. Mit diesem Geld lässt sich unsere Bildungslandschaft gut weiterentwickeln. Unbesetzte Stellen sollten nicht für Einsparungen erhalten.“

Abschließend wurde durch den Gewerkschaftstag eine neue stellvertretende Vorsitzende gewählt. Mit **Caroline Lensing** gehört nun eine Gymnasiallehrerin aus dem Bezirk Düsseldorf zum Vorstand der GEW NRW. Çelik begrüßte ihre neue Stellvertreterin: „Schön, dass du unser Team bereicherst.“

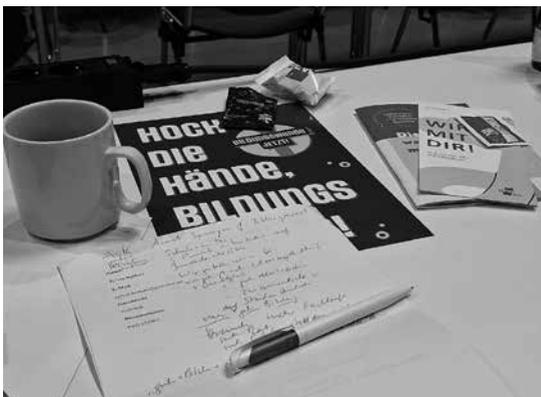


Caroline hat uns auf den Weg begleitet in die Kooperation der Stadt-/ Kreisverbände Düsseldorf, Neuss, Krefeld, Mönchengladbach: Glückauf von uns allen!



# DELEGIERTE DES STADTVERBANDES UNTER SICH UND IN DER BÜTT ....





## RECHTSRUCK?!

Rückt Europa mit der Wahl zum Europäischen Parlament am Sonntag, dem 9. Juni 2024, weiter nach rechts? Es ist zu befürchten.

Die Düsseldorfer DGB-Gewerkschaften halten dagegen mit ihrem Wahlauftritt.



Foto: Plakatierung in Bilk- pikantes Zusammentreffen ehemaliger „Parteifreunde“; zum Redaktionsschluss stand die Wahl in 2 Wochen bevor.

## ALLIANZ DER EUROPAFEINDE - EINE ÜBERSICHT DER GEW

Rechts-populistische und -extreme Parteien haben an Einfluss und Macht gewonnen. Im Europäischen Parlament bilden sie die Fraktion „Identität & Demokratie“ oder gehören zur „Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer“.

Von Matthias Holland-Letz, freier Journalist <https://www.gew.de/aktuelles/detailseite/allianz-der-europafeinde> (Stand vom 8.5.2024)

### Deutschland: pro Russland und Kernenergie

Er fabuliert vom „großen Austausch“. Maximilian Krahn, Spitzenkandidat der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Europawahl, sieht die Einwanderung der vergangenen Jahre als „Generalplan, der dazu dient, unser Land so zu verändern, dass wir es nicht wie-

dererkennen“. Das Bundesamt für Verfassungsschutz ist der Ansicht, dass es bei der AfD hinreichend Anhaltspunkte gibt, die es rechtfertigen, die Partei als verfassungsfeindlichen Verdachtsfall zu führen. Gegen diese Einstufung klagt die Partei derzeit vor dem Oberverwaltungsgericht Münster. (Mittlerweile hat das Oberverwaltungsgericht Münster

das Urteil der Vorinstanz bestätigt- und damit die Berufung der Partei zurückgewiesen; Krahn und die AfD wurden von der ID -Fraktion ausgeschlossen; S.B.) In Ihrem Programm zur Europawahl fordert die Rechtsaußen-Partei, die Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu beenden und wieder „in eine sichere Kernenergie“ einzusteigen. Eine Studie der stiftungsfinanzierten Denkfabrik European Council on Foreign Relations (ECFR) prognostiziert, dass die AfD bei den Wahlen im Juni zum Europäischen Parlament (EP) 21 Prozent der Stimmen erzielen wird. Das wäre das zweitbeste Ergebnis der Parteien aus Deutschland, hinter dem der Union.

### **Frankreich: gegen Einwanderung und „politische Eliten“**

„Rassemblement National“ (Nationale Versammlung, RN). Größte Oppositionspartei in der französischen Nationalversammlung. 2022 wurde die bisherige Parteivorsitzende Marine Le Pen von Jordan Bardella abgelöst. Das RN argumentiert antieuropäisch und gegen Einwanderung. Die Partei sehe sich als volksnahe Alternative zu den „politischen Eliten“, schreibt Ronja Kempin von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Als Vorsitzende hatte Le Pen erklärt, dass sie sich von den antisemitischen, rassistischen und homophoben Ansichten distanzieren, die in der Vorgängerpartei „Front National“ herrschten. In den Augen vieler Französischen und Franzosen sei die Partei deshalb „im politischen Mainstream angekommen“, urteilt Kempin. Laut Umfragen wird das RN bei der Europawahl in Frankreich 30 Prozent der Stimmen erhalten, rund 10 Prozentpunkte mehr als die Partei von Präsident Emmanuel Macron.

### **Italien:**

**zwischen Joe Biden und Donald Trump**  
„Fratelli d'Italia“ (Brüder Italiens, FdI), geführt von Giorgia Meloni. Bei den Parlamentswahlen im September 2022 erzielte die rechtswingende FdI 25,7 Prozent der Stimmen. Meloni wurde Ministerpräsidentin, sie regiert in einer Koalition mit der „Forza Italia“ und der „Lega“.

Außenpolitisch gibt es Zwist zwischen Meloni und „Lega“-Chef Matteo Salvini. Meloni betont, dass Italien mit US-Präsident Joe Biden gut kooperieren sollte. Salvini unterstützt Donald Trump. Der ECFR sagt voraus, dass FdI in Italien bei der Europawahl im Juni auf 28 Prozent der Stimmen kommen wird.

### **Niederlande:**

#### **gute Chancen auf Platz eins**

Geert Wilders „Partei für die Freiheit“ (Partij voor de Vrijheid, PVV) gewann im November 2023 die nationale Parlamentswahl. Allerdings scheiterten alle Bemühungen der PVV, eine Regierung zu bilden. Laut ECFR haben die Rechtspopulisten um Wilders gute Chancen, auch bei der Europawahl stärkste Partei der Niederlande zu werden.

### **Österreich:**

#### **enge Kontakte zu Rechtsextremen**

„Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), geführt von Herbert Kickl. Bei Meinungsumfragen liegt die FPÖ derzeit vorn und könnte die nationale Parlamentswahl im Herbst 2024 gewinnen. Der Wiener Rechtsextremismusforscher Bernhard Weidinger berichtet, dass die FPÖ enge Kontakte zur rechtsextremen „Identitären Bewegung“ pflegt. Dies gelte insbesondere für die FPÖ Jugendorganisation. Der ECFR erwartet, dass die FPÖ bei der Europawahl in Österreich auf 26 Prozent der Stimmen kommen wird.

**Polen:****national abgewählt,  
aber Chancen bei der Europawahl**

Obwohl bei der nationalen Wahl Im vergangenen Jahr abgewählt, könnte die rechtspopulistische Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PIS) aus der Wahl zum EP als stärkste Kraft In Polen hervorgehen. Der ECFR sagt voraus, dass die PIS 32 Prozent der Stimmen erhalten wird.

**Ungarn: Hetze gegen Minderheiten**

„Fidesz“ (Ungarischer Bürgerbund), unter Führung von Viktor Orbán. Die Partei stellt seit 2010 die Regierung und hat die Justiz und das freie Mediensystem stark eingeschränkt. „Orbán hetzt von der Staatsspitze aus gegen Minderheiten wie LGBTQ, Migranten und Juden“, schreibt ZEIT Online.

Tausende Ungarinnen und Ungarn demonstrierten Ende März 2024 gegen Orbáns Regierung. Grund dafür sind neue Hinweise auf Korruption in Orbáns früherem Regierungskabinet. Der ECFR erwartet, dass Fidesz bei der Europawahl in Ungarn auf 44 Prozent der Stimmen kommen wird.

**Bulgarien:****europaskeptisch und prorussisch**

„Wiedergeburt“ (Vazrazhdane), geführt von Kostadin Kostadinow. Rechtsaußen, europaskeptisch und prorussisch. Die Partei erzielte bei der jüngsten nationalen Parlamentswahl 14 Prozent und wurde drittstärkste Partei Bulgariens. Laut ECFR wird „Wiedergeburt“ mit drei Abgeordneten erstmals ins Europäische Parlament einziehen.

**Dänemark:****an Bedeutung verloren**

„Dänische Volkspartei“ (Dansk Folkeparti, DF). Parteivorsitzender ist Morten Messerschmidt. Er vertritt einwande-

rungs- und islamfeindliche sowie sozialchauvinistische Positionen. Die DF kam 2015 bei der nationalen Parlamentswahl auf über 20 Prozent der Stimmen. Danach erlebte sie einen Einbruch. Der Grund laut ZEIT Online: Die anderen Parteien, auch die regierenden Sozialdemokraten, „haben teilweise die migrationspolitische Haltung der Populisten übernommen“. Als eigenständige Kraft verlor die DF damit an Bedeutung. Der ECFR erwartet, dass die DF bei der EP-Wahl lediglich 4 Prozent der Stimmen erzielen wird.

**Schweden:****Stütze einer konservativen  
Minderheitsregierung**

„Schwedendemokraten“ (Sverigedemokraterna, SD). Parteivorsitzender ist Jimmie Åkesson. Die „Schwedendemokraten“ stützen seit Ende 2022 die konservative Minderheitsregierung von Ulf Kristersson. Damit gelang es der SD, migrationsfeindliche Positionen in der Regierungspolitik zu verankern. Nach der Studie des ECFR werden die Schwedendemokraten bei der EP-Wahl auf 22 Prozent kommen.

**Slowakische Republik:****in einer Koalition  
mit einem Linkspopulisten**

„Slowakische Nationalpartei“ (SNS). Die rechtspopulistische Partei erzielte im September 2023 bei der nationalen Parlamentswahl 5,6 Prozent der Stimmen. Die SNS ist Teil der Regierungskoalition, die vom Linkspopulisten Robert Fico von der sozialdemokratischen SMER-Partei angeführt wird. Fico fordert, die Hilfe des Westens für die Ukraine zu stoppen. Bei der EP-Wahl erwartet der ECFR für die SNS ein Ergebnis von 5 Prozent.

# **GUTE ARBEIT? BESSER MIT EUROPA.**

## **Wahlaufruf des DGB-Stadtverbandes Düsseldorf zur Europawahl**

Am 9. Juni 2024 findet die Europawahl statt. Es geht um viel. An den Wahlen entscheiden die Menschen darüber, ob wir die Herausforderungen der Zukunft gut bewältigen können. Denn die Gestaltung des Klimawandels, die Entwicklung von zukunftsfähigen Jobs in einer erfolgreichen industriellen Produktion und einer innovativen Forschungslandschaft und öffentlichen Verwaltung brauchen engagierte Parlamentarier\*innen. In den vergangenen Jahren hat der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, die Covid-19-Pandemie und der russische Angriffskrieg auf die Ukraine Europa nicht nur in eine Sicherheits-, Gesundheits- und Wirtschaftskrise, sondern auch in eine Energiekrise gesteuert.

In dieser wirtschaftlich und gesellschaftlich herausfordernden Situation muss Europa zusammenhalten, Einigkeit beweisen und adäquate Antworten finden. Für den DGB Stadtverband Düsseldorf steht ein verantwortlicher Umgang mit den Krisenfolgen an erster Stelle - angefangen beim Erhalt von guten Arbeitsplätzen über die Sicherung unserer Sozialsysteme und die gerechte Finanzierung und Verteilung der Krisenkosten bis hin zum ökologischen Umbau.

Wir Düsseldorfer Gewerkschaften stehen für ein demokratisches, soziales, freies und solidarisches Europa. Nationalismus und Abschottung schaden uns allen. Gerade deshalb muss die soziale und solidarische Dimension der europäischen Integration gestärkt werden.

### **Wir sagen gute Arbeit wird besser mit Europa. Wir wollen auf europäischer Ebene**

- // durch die aktive Gestaltung der Transformation guter Arbeit, Industriearbeitsplätze und nachhaltigen Wohlstand sichern!
- // eine zielgerichtete EU-Förderung, damit unsere Kommunen und Region wirtschaftlich stark bleiben!
- // eine Stärkung der Sozialsysteme, eine hohe Tarifbindung und bessere Arbeitsbedingungen!
- // faire Arbeitsbedingungen und Entlohnung auch für grenzüberschreitenden Beschäftigten!
- // starke Mitbestimmungsrechte, damit Beschäftigte europaweit eingebunden sind!

### **Demokratie verteidigen!**

#### **Dem Rechtsextremismus keine Chance!**

Wir alle sind jetzt gefordert: Denn der Kampf für unsere demokratischen Werte muss aus der Mitte der Gesellschaft herausgeführt werden. Ohne die gelebte Vielfalt unserer Kolleginnen und Kollegen funktioniert kein einziger Betrieb, keine Verwaltung, kein Krankenhaus, keine Bildungseinrichtung - kurzum: unser Alltag.

Die öffentliche Debatte um Zuwanderung ist zunehmend von Ressentiments gespeist und die Rufe nach Abschottung werden immer lauter. Dabei ist eine Politik der Abschottung in einer globalisierten Welt nicht möglich und aus unserer Sicht auch der falsche Weg. Unser individuelles Grundrecht auf Asyl und unsere

Solidarität mit allen Menschen auf der Flucht dürfen wir nicht aushöhlen. Wählen gehen ist das Gebot der Stunde. Setzen wir gemeinsam ein Zeichen für unsere Demokratie, für einen respektvollen Umgang und faire Aushand-

lungsprozesse. Mit einer hohen Wahlbeteiligung, mit jeder Stimme für eine demokratische Partei zeigen wir Rechts- extremismus und Hass die rote Karte!

**Jede Stimme zählt, deine Stimme zählt.**

## **FRIEDFERTIGE KOMMUNIKATION?**

**Veranstaltung des schulpolitischen Stammtisches der Senior:innen mit der Kölner Friedensgruppe „Wi.e.dersprechen“ am 23.4.2024  
Bericht von Detlev Wöske**

Zum Schulpolitischen Stammtisch der GEW-Senior\*innen kamen 18 Teilnehmende. Unsere Referentin Katharina Ochsendorf, Expertin für Konfliktforschung, stellte zu Beginn die Arbeit ihres Kölner Friedensprojektes vor, das Teil des Grundrechte-Komitees in Köln ist. Der frühere Name der 1993 gegründeten Initiative „Aktion Ferien vom Krieg“ beschreibt die Friedensarbeit, die ursprünglich auf die Kriege auf dem Balkan gerichtet waren: Jugendliche und Jungerwachsene aus verfeindeten Ländern, z.B. aus Serbien und Kroatien, sollten in „Friedenscamps“, abseits vom Krieg, eine friedfertige Kommunikation erlernen. Seit 2002 erweiterte die Friedensinitiative ihre Dialogarbeit auf den Nahost-Konflikt und organisierte Camps für junge Israelis und Palästinenser. Im Verlauf des 30-jährigen Bestehens wurden umfangreiche Netzwerke mit Partnerorganisationen in den Balkanländern sowie in Israel und Palästina aufgebaut und rund 26.000 junge Menschen dort erreicht.

Einige Informationen dazu laut Vortrag von Frau Ochsendorf:

Prinzipien der Arbeit sind Neutralität, Gewaltfreiheit und Freiwilligkeit; sie zielt bei den beteiligten Jugendlichen darauf, die eigene Gesellschaft in den Herkunftsländern und deren politische Narrative zu hinterfragen, auf gewaltfreie Konflikt-Lösung hinzuwirken und zum Aktivismus in diesem Sinne zu motivieren. Die Finanzierung dieser schwierigen Arbeit erfolgt ausschließlich über private Spenden, jährlich etwa 350.000 €, ohne öffentliche Förderung, um die Unabhängigkeit der Initiative zu wahren. Besonders interessant war für uns ehemalige Lehrer\*innen die Methodik des „narrativ-politischen Ansatzes“ in der Seminararbeit mit den Jugendlichen aus den verfeindeten Ländern, vorzugsweise in einer Jugendherberge in Brühl (zuletzt im Sommer letzten Jahres). Ein solches Seminar wird von einem geschulten Moderatoren-Tandem geleitet und besteht aus jeweils 24 Palästinensern und Israelis. In einer 1. Phase verständigen sich

die Jugendlichen aus dem eigenen Land in 8-er-Gruppen über ihr eigenes Selbstverständnis und ihre Sicht auf den Nahost-Konflikt, in einer 2. Phase konfrontieren sich Israelis und Palästinenser\*innen in „one-in-one-Gesprächen mit ihren unterschiedlichen Sichtweisen und kommen danach in gemischten Gruppen zusammen, um über „transitional justice“ zu diskutieren und zuletzt eventuell gemeinsame Aktivitäten zu planen: angefangen von gemeinsamen Ausflügen bis hin zu politischen Aktionen zum Abbau von Feindbildern in den Herkunftsländern.

Die Auswahl der Seminar-Teilnehmer\*innen gestaltet sich schwierig, da in beiden verfeindeten, religiös geprägten Lagern eine Verständigung nicht unbedingt gewünscht wird, ein gewisser Verständigungswille bei den teilnehmenden Jugendlichen vorausgesetzt wird und ein Ausreisevisum, zumindest für die palästinensischen Gebiete, nicht einfach ist. Hilfen leisten dabei die Partnerorganisationen vor Ort, die auch die Moderator\*innen für die Seminare stellen.

Diese Arbeit werde aber durch den jüngsten Krieg in Nahost erheblich behindert, da viele Mitarbeitende vor Ort von den Gewalttätigkeiten persönlich betroffen sind oder angesichts des gegenseitigen Hasses die Friedensarbeit resigniert aufgeben. Trotzdem werden von der Kölner Gruppe aber schon im Herbst weitere Friedens-Seminare geplant, wobei mit vermehrten Aggressionen und Traumatisierungen der Teilnehmenden gerechnet wird, eine erhöhte Anforderung

an die Moderatoren-Teams. Für die schwierige, aufwändige Arbeit bittet die Friedensgruppe um Spenden, auch um die beiden hauptamtlichen Zwei-Drittel-Stellen halten zu können und nicht auf kommunale oder staatliche Fördergelder angewiesen zu sein.

Wir GEW-Senior\*innen waren beeindruckt von dem andauernden Engagement der Kölner Aktivisten, die als „Graswurzel“-Bewegung für ein friedliches Miteinander eintritt, auch in der jetzigen Kriegssituation. Auf unsere Frage nach einer politischen Lösung für den Nahost-Konflikt wusste die Referentin keine schlüssige Antwort: Beide Visionen, ein gleichberechtigtes Zusammenleben in einem gemeinsamen Staat („Einstaaten-Lösung“) wie auch eine Zweistaaten-Lösung – seit 1991 diskutiert, zuletzt 2015 mehrheitlich in einer UN-Resolution gefordert – scheinen nach dem Terroranschlag der Hamas kaum noch realisierbar. Ob da eine UN-legitimierte militärische Macht von außen helfen könnte, wie ein Teilnehmer vorschlug, scheint derzeit als Lösung auch utopisch. Und dennoch möchte man mit B. Brecht sagen: „Es muss ein guter [Schluss] da sein, muss, muss, muss!“ Und solchen trotzigen Optimismus bewahrt die Gruppe „Wi.e.ersprechen“ für eine (ferne) friedliche Zukunft.

[Webseite der Kölner Friedensgruppe: <https://wiedersprechen.org/>]

**Nächster Schulpolitischer Stammtisch am Di, 11.06.24 (16-18 h) im DGB-Haus zum Thema: Seniorenpolitik - Erfahrungen älterer Menschen und Kommunalpolitik**

# WIEDER AKTUELLE KUNSTFÜHRUNGEN

von **Erne Wehrhahn**

Die Ruheständler\*innen konnten in den letzten Monaten wieder an interessante Kunstführungen teilnehmen, wenn auch im Januar der Bahnstreik eine Fahrt in die Kolumba nach Köln auf den Februar verschoben werden musste. Alle Führungen waren ausgebucht. Für den neu eröffneten Kunstpalast und die dortige Moderne-Abteilung gab es verständlicherweise die stärkste Nachfrage, so dass leider nicht alle mitkonnten.

Bei den beiden letzten Führungen im K20 (Hilma af Klint und Wassily Kandinsky) bzw. K21 (Mike Kelley) hatten wir das Glück, wieder mal von unserem Lieblings-Kunstvermittler die Inhalte näher gebracht zu bekommen, der dies eher philosophisch und zeitgeschichtlich angeht, ohne einzelne Bilder exakt zu interpretieren.

Im Juni konnten wir als Premiere in unserer Gruppe eine Führung im DKM-Museum in Duisburg buchen. Der nächste Besuch ist am 18. Juli in der Küppersmühle in Duisburg. In den darauffolgenden Monaten werden wir die Kunsthalle Düsseldorf, das Museum Lehmbruck in Duisburg und Kunstmuseum in Mülheim besuchen, das nach Jahren endlich wieder neu eröffnet ist.

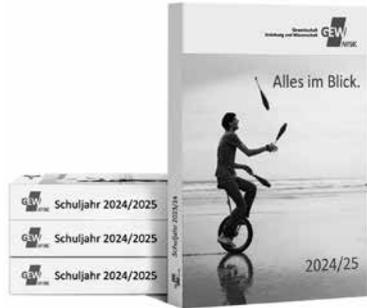
Die Termine stehen noch nicht fest. Die Benachrichtigung erfolgt über meine Verteilerliste (offen für Neulinge - [ernweh@live.de](mailto:ernweh@live.de))



Führung im K21 -  
Mike Kelley  
© E. Wehrhahn

## ALLES IM BLICK

habt ihr mit dem Lehrerkalender für das Schuljahr 24/25: für Mitglieder kostenfrei, für Nichtmitglieder Taschenkalender 3,60 € - mit Versand 5,30€; außerdem gibt es den Tischkalender für 3,50€ und den Wandplaner für 1,30€, solange der Vorrat reicht. Setzt euch mit der Geschäftsstelle in Verbindung, wenn ihr Bedarf habt und bestellt!



## KURZ UND KNAPP:

Die Flyer sind aktualisiert in der Geschäftsstelle zu haben:

- /// Elternzeit und Elterngeld
- /// Gewalt gegen Lehrkräfte
- /// Arbeits- und Gesundheitsschutz
- /// Mehrarbeit
- /// Klassenfahrt
- /// Mutterschutz

## AKTIV VOR ORT:

Auch die Gebrauchsanweisung im Miniformat für Aktionen mit Tipps und Tricks ist in der Geschäftsstelle vorrätig!



**Die Stimmenausählung der Personalratswahlen fand während der Drucklegung der Zeitung statt. Wir stellen unsere gewählten Personalrätinnen und Personalräte in der nächsten Nummer der Stadtzeitung vor.**

Aufgabe:

Aufsatz

Diktat

Beobachtung



Wiederholung  
Kontrolle  
Wiederholung  
Kontrolle  
des 25. 12. 34  
1945